

Stand: 01.05.2026 04:19:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4255

"Folgen aus dem Folterskandal V: Bessere Erfassung und Kontrolle von Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4255 vom 05.12.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4845 des VF vom 23.01.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025
4. Beschluss des Plenums 19/5420 vom 27.02.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 27.02.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Folgen aus dem Folterskandal V: Bessere Erfassung und Kontrolle von Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass in Zukunft jede Absonderung in Isolationshaft, Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum sowie Fixierung über ein digitales System automatisch dem Staatsministerium der Justiz gemeldet wird.

Die Meldung soll Angaben zum Grund für die Maßnahme, deren voraussichtliche Dauer sowie gegebenenfalls begleitende Maßnahmen wie beispielsweise die medizinische Überwachung enthalten. Die zuständige Fachabteilung im Staatsministerium ist dazu angehalten, jede Meldung auf ihre Plausibilität und Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen. Bei begründeten Zweifeln an der Notwendigkeit der Maßnahme ist ein unangekündigter Ortsbesuch durchzuführen, bei dem auch das Gespräch mit der oder dem betroffenen Gefangenen sowie mit dem Fall befassten Personal geführt wird.

Überschreitet der Freiheitsentzug eine gewisse Dauer (bei Fixierungen 12 Stunden, bei einer Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum 72 Stunden und bei einer Absonderung 7 Tage), so fordert die Aufsichtsbehörde einen Bericht der Anstaltsleitung zur Begründung der Dauer an, dem eine ärztliche Stellungnahme beizufügen ist.

Über das digitale Erfassungssystem ist sicherzustellen, dass über alle freiheitsentziehenden Maßnahmen im Justizvollzug automatisch eine monatliche Statistik erstellt werden kann. Diese monatliche Statistik ist den Mitgliedern des jeweiligen Justizvollzugsbeirats mit einer Einschätzung der jeweiligen Anstaltsleitung zuzuschicken.

Begründung:

Die Vorwürfe, die Gefangene und Angestellte in bayerischen Justizvollzugsanstalten (JVA) erheben, wiegen schwer. Vor allem in der JVA Augsburg-Gablingen, aber womöglich auch in anderen Anstalten, soll es zu regelrechter Folter gekommen sein. Dazu sollen von Justizvollzugsbeamten Sicherheitsmaßnahmen missbraucht worden sein, die der Gesetzgeber im Strafvollzugsgesetz eigentlich als Ultima Ratio festgelegt hat. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Unterbringung in sogenannten besonders gesicherten Hafträumen und die Anwendung von unmittelbarem Zwang, sprich Gewalt.

Der Skandal zeigt auch Lücken in der Dokumentation der Unterbringungen in besonders gesicherten Hafträumen. Das Staatsministerium der Justiz hat bereits engmaschigere Berichtspflichten für die betroffene JVA Augsburg-Gablingen angeordnet sowie das digitale System zur Erfassung von freiheitseinschränkenden Maßnahmen im Vollzug angepasst. Dies kann aber nur ein Anfang sein. Damit das Staatsministerium in Zukunft seiner Aufgabe als Aufsichtsbehörde gerecht werden kann, muss es alle relevanten Grundrechtseingriffe im Justizvollzug in den Blick nehmen und sich über ihre

Anwendung schneller berichten lassen. Die digitale Erfassung erlaubt eine automatische Benachrichtigung der Aufsichtsbehörde, ohne dass es hierfür einen erhöhten Arbeitsaufwand seitens des JVA-Personals braucht.

Die eingehenden Berichte sind kritisch zu prüfen. Bei Unregelmäßigkeiten muss die Überprüfung über eine Nachfrage bei der Anstaltsleitung hinausgehen. Vielmehr ist die von der Maßnahme betroffene Person anzuhören sowie ggf. mit dem Fall befasstes Personal. Überschreitet die Freiheitseinschränkung eine gewisse Dauer, so steht die JVA in der Pflicht, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme in besonderem Maße zu begründen. Der sich daraus ergebene Aufwand ist angesichts des massiven Grundrechtseingriffs vertretbar und könnte zudem dazu führen, dass die Anwendung milderer Mittel intensiver geprüft wird.

Die genauere digitale Erfassung ermöglicht zudem eine automatische statistische Auswertung der freiheitseinschränkenden Maßnahmen für jede einzelne JVA sowie bayernweit. Die anonymisierten statistischen Daten können der Aufsichtsbehörde dabei helfen, allgemeine Entwicklungstrends oder Anomalien zu erkennen. Sie könnten ebenso dem kriminologischen Dienst zur Verfügung gestellt werden, der eine wissenschaftliche Auswertung der Daten vornehmen kann. Auch die Justizvollzugsbeiräte würden in ihrer Arbeit von einer monatlichen Übersicht aus ihrer JVA profitieren, weil es sie befähigt, nicht nur auf Beschwerden zu reagieren, sondern proaktiv bei negativen Entwicklungen einzugreifen. Um datenschutzrechtlichen Belangen gerecht zu werden, sollten die Auswertung und ihre Zwecke gesetzlich festgelegt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/4255

Folgen aus dem Folterskandal V: Bessere Erfassung und Kontrolle von Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Toni Schuberl**
Mitberichterstatter: **Alexander Hold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheinen alle Fraktionen des Hauses zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. Dezember 2024 betreffend
 1. Vf. 9-VIII-24 (vormals Vf. 5-VIII-18)
Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung vom 26. März 2018/25. September 2021 über die Frage, ob
 1. § 1 Nrn. 3 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388),
 2. § 1 Nrn. 6, 8, 9 und 26 des Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301) und
 3. § 1 Nrn. 4, 7, 17 und 20 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418)die Bayerische Verfassung verletzen.
 2. Vf. 10-VII-24 (vormals Vf. 7-VII-18)
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c, Art. 16 Abs. 2 Satz 1, Art. 17 Abs. 1 Nrn. 3 bis 5, Art. 20 Abs. 2, Art. 34 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2024 (GVBl. S. 247) geändert worden ist.

3. Vf. 11-VIII-24 (vormals Vf. 10-VIII-18)

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

2. Bayerische Staatsregierung

vom 6. Juni 2018/28. September 2021 über die Frage, ob

1. § 1 Nr. 6 Buchst. d, Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12, 15 Buchst. a und b, Nr. 23
Buchst. b, Nr. 25 Buchst. b, c und e, Nrn. 27 bis 31, 34, 35 und 42 des
Gesetzes zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts
(PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301),

2. § 1 Nrn. 7, 18, 19 Buchst. a, Nrn. 21, 22, 27 und 31 des Gesetzes zur
Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom
23. Juli 2021 (GVBl. S. 418)

die Bayerische Verfassung verletzen.

4. Vf. 12-VIII-24 (vormals Vf. 16-VIII-18)

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
BayernSPD-Landtagsfraktion
und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

2. Bayerische Staatsregierung

vom 5. September 2018/30. September 2021 über die Frage, ob

1. § 1 Nr. 7 Buchst. b, Nrn. 8, 12 Buchst. b, Nrn. 15, 23, 25 Buchst. b und e,
Nrn. 27, 28 Buchst. a, c, e und f, Nrn. 29, 30 Buchst. b bis g, Nr. 31 Buchst.
b, c und e bis g, Nrn. 32, 33 Buchst. c, Nrn. 34, 35, 39 Buchst. c, Nr. 42
Buchst. d, Nr. 43 Buchst. a und b und Nr. 71 des Gesetzes zur Neuordnung
des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018
(GVBl. S. 301),

2. § 1 Nrn. 18, 19, 21 bis 29, 31, 34, 47 des Gesetzes zur Änderung des
Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Vorschriften vom 23. Juli 2021
(GVBl. S. 418)

die Bayerische Verfassung verletzen.

Drs. 19/4819 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für

Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Peter Wachler bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Berichts Antrag zum Hochwasserschutz im Donauried
Drs. 19/3867, 19/4868 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Waldumbau und waldangepasste Wildbestände –
in Zeiten der Klimakrise wichtiger denn je
Drs. 19/3887, 19/4866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Öltanks erfassen, Ölkatastrophen bei Starkregen
und Hochwasser vorbeugen!
Drs. 19/3895, 19/4869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bericht zu den Maßnahmen zur Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung
Drs. 19/3904, 19/4856 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Gezielt und sozial gerecht: Staffelung des Landespflegegeldes
und Investitionen in die Pflegeinfrastruktur
Drs. 19/4078, 19/4862 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Katastrophenschutz zukunftsfest aufstellen – überörtliche
Katastrophenschutzlager jetzt einrichten!
Drs. 19/4093, 19/4794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Förderung von Klimaextremisten durch das Staatsministerium
für Umwelt und Verbraucherschutz darlegen
Drs. 19/4097, 19/4870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit bringen I
Drs. 19/4104, 19/4849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Menschen mit Behinderung in Arbeit bringen II
Drs. 19/4105, 19/4850 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Meinungsfreiheit in Bayern verteidigen – Schutz der Bürger vor unverhältnismäßiger Strafverfolgung
Drs. 19/4118, 19/4841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zeitgemäße Leistungserhebungen in bayerischen Schulen
Drs. 19/4151, 19/4857 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU Young Carer: Kinder und Jugendliche mit Sorgeverantwortung in Bayern
Drs. 19/4169, 19/4863 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Jürgen Baumgärtner, Holger Dremel u.a. CSU Energieberater müssen Energieeffizienz-Nachweise für Bauanträge ausstellen dürfen!
Drs. 19/4197, 19/4867 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal I: Überprüfung aller Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug
Drs. 19/4251, 19/4842 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal II: Richtervorbehalt einführen
Drs. 19/4252, 19/4843 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgen aus dem Folterskandal III: Lückenlose Dokumentation von Grundrechtseingriffen in Bayerischen Gefängnissen
Drs. 19/4253, 19/4846 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal IV: Rechtsschutz auch bei der Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen
Drs. 19/4254, 19/4844 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal V: Bessere Erfassung und Kontrolle von Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug
Drs. 19/4255, 19/4845 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal VI: Grundrechtssensible Ausstattung von besonders gesicherten Hafträumen
Drs. 19/4256, 19/4847 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal VII: Sicherstellung einer intensiven medizinischen und psychologischen Betreuung in Krisensituationen
Drs. 19/4257, 19/4848 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen aus dem Folterskandal VIII: Massiver Ausbau der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung im bayerischen Justizvollzug
Drs. 19/4258, 19/4878 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebshammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD) Zamperl und Co. sind keine Weihnachtsgeschenke: Aufklärungskampagne gegen Tiere unterm Weihnachtsbaum und mehr Unterstützung für die bayerischen Tierheime
Drs. 19/4317, 19/4871 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Daniel Artmann u.a. CSU
Änderung der Voraussetzungen zur Bekämpfung der Stechmücke am Chiemsee
Drs. 19/4344, 19/4872 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Griebshammer, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen u.a. SPD
Anhörung zur Novellierung des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern
Drs. 19/4347, 19/4877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kontinuität im bayerischen Wiesenbrüter- und Feldvogelschutz
Drs. 19/4357, 19/4873 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
AIF für Finanzholding aus Bayern Heim,
Stadibau und Siedlungswerk Nürnberg
Drs. 19/4358, 19/4855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weniger Sorgen und mehr konkrete Unterstützung für unsere „Young Carer“
Drs. 19/4359, 19/4864 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bestehende gesetzliche Regelungen zum Walzverbot anpassen
Drs. 19/4384, 19/4874 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Evaluation der Auflagen durch das Volksbegehren
Drs. 19/4385, 19/4875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Die Gesundheit der Lehrkräfte an Bayerns Schulen sofort und umfassend schützen und stärken
Drs. 19/4411, 19/4854 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Ramona Storm, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Geldbußen gemäß Art. 119 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen rigoroser verhängen
Drs. 19/4435, 19/4858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Verpflichtung für Fachfortbildungen von mindestens 30 Stunden pro Schuljahr für bayerische Lehrkräfte einführen
Drs. 19/4438, 19/4859 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaziele 2040 vor dem Aus - Bericht des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Drs. 19/4550, 19/4689

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

35. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Maul- und Klauenseuche in Brandenburg: Bayern muss jetzt handeln!
Drs. 19/4574, 19/4876

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

36. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzungsstand des Konzepts Katastrophenschutz Bayern 2025
Drs. 19/4171, 19/4610 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/4255, 19/4845

Folgen aus dem Folterskandal V: Bessere Erfassung und Kontrolle von Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Toni Schuberl

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Rene Dierkes

Abg. Alexander Hold

Abg. Horst Arnold

Staatsminister Georg Eisenreich

Präsidentin Ilse Aigner: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 7 bis 14** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgen aus dem Folterskandal I: Überprüfung aller Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug (Drs. 19/4251)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgen aus dem Folterskandal II: Richtervorbehalt einführen (Drs. 19/4252)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgen aus dem Folterskandal III: Lückenlose Dokumentation von Grundrechtseingriffen in Bayerischen Gefängnissen (Drs. 19/4253)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgen aus dem Folterskandal IV: Rechtsschutz auch bei der Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen (Drs. 19/4254)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgen aus dem Folderskandal V: Bessere Erfassung und Kontrolle von Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Justizvollzug
(Drs. 19/4255)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgen aus dem Folderskandal VI: Grundrechtssensible Ausstattung von besonders gesicherten Hafträumen **(Drs. 19/4256)**

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgen aus dem Folderskandal VII: Sicherstellung einer intensiven medizinischen und psychologischen Betreuung in Krisensituationen
(Drs. 19/4257)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgen aus dem Folderskandal VIII: Massiver Ausbau der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung im bayerischen Justizvollzug **(Drs. 19/4258)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Toni Schuberl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Einer der Kerle schlug so heftig zu, dass es mir den Atem verschlug und ich würgen musste. [...] dann prügelten sie derart auf meine Rippen, dass ich eine Zeit lang nicht mehr atmen

konnte." – Das ist ein Zitat eines Häftlings, aber nicht aus der JVA Augsburg-Gablingen, sondern aus dem Foltergefängnis Guantanamo.

Auch von Prügelorgien in Gablingen haben wir gehört, bei denen ganze Teams von Sicherheitskräften auf einzelne Gefangene losgegangen sein sollen. Wir haben von Tritten ins Gesicht gehört, von gebrochenen Rippen und Blutergüssen im Gesicht. Wir haben davon gehört, dass Menschen splitterfasernackt, ohne Unterwäsche auf dem nackten Boden schlafen mussten. Wir haben von Blut gehört, das die Gefangenen selbst von den Wänden und dem Boden waschen mussten. Wir haben von Menschen gehört, die ohne Rechtsbeistand und ohne gerichtliche Einspruchsmöglichkeiten in diesem Zustand wie Tiere gehalten wurden.

Das ist Ihr Guantanamo, Herr Söder. Sie sind als Ministerpräsident für die Vorgänge in der Staatsregierung politisch verantwortlich, und Sie sollten endlich damit aufhören, sich hier immer feige wegzuducken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das ist eine unverschämte Entgleisung, reißen Sie sich mal am Riemen!)

Wo ist er denn eigentlich schon wieder? Söders Motto ist: wegsperren und ruhigstellen. Justizpolitik hat den Ministerpräsidenten noch nie interessiert. Wissen Sie, was Markus Söder nach den Vorfällen in Gablingen bei uns in Freyung gesagt hat? – Ich zitiere: Bei uns werden Gauner länger verknackt. – Das war sein einziger Kommentar zu der ganzen Sache. Geiselnahme, Entweichungen aus den Bezirkskrankenhäusern, Folter, Misshandlung, Korruption und Schmuggel in den bayerischen Gefängnissen – Herr Söder, das ist Ihr Saustall, räumen Sie ihn endlich auf!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das ist der Ministerpräsident, ein wenig mehr Wertschätzung!)

Wir GRÜNE haben acht konkrete Forderungen nach Söders Folderskandal in diesem Hause eingebracht:

Erstens. Alle massiven Grundrechtseingriffe – und damit meinen wir alle –, alle zusätzlichen Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Gefängnis müssen dahin gehend überprüft werden, ob die Voraussetzungen, die Umsetzung und die Schranken noch passen.

Zweitens. Ein Richtervorbehalt. Der Minister hat diesen schon für das Wegsperrten in den Bunker, in den bgH, angekündigt. Aber alle besonderen Einzelhaftanforderungen müssen überprüft werden, ansonsten gibt es ein Ausweichen in die Absonderung, in die Isolationshaft.

Drittens. Mehr Dokumentationen. Dies ist ein Stück weit begonnen worden, muss aber auch gesetzlich verankert werden. Das Ministerium wusste gar nicht Bescheid, was eigentlich alles passiert.

Viertens. Der Rechtsschutz. Wenn man in den Bunker gesperrt wurde, konnte man nicht bei seinem Rechtsanwalt anrufen. Man konnte kein Gericht anrufen und den Angehörigen nicht Bescheid sagen. Niemand wusste Bescheid, dass man im Bunker ist, vielleicht für Tage, vielleicht für Wochen.

Fünftens. Bessere Kontrollen durch das Ministerium. Das Ministerium muss wissen, wer in einen bgH eingesperrt ist, wie lange er eingesperrt ist und wie oft diese Maßnahme verlängert wurde. In diesem Bereich brauchen wir unangekündigte Kontrollen, die erst vor Kurzem eingeführt worden sind.

Sechstens. Die Ausstattung und die Videoüberwachung müssen verbessert werden. Man muss sich das einmal vorstellen: Man wird wegen einer psychischen Ausnahme-situation in einen Raum gesperrt, in dem gar nichts ist, nichts, und das tagelang. Spätestens wenn man wieder herauskommt, ist man narrisch. Man muss in einem bgH wenigstens einen vor Vandalismus sicheren Bildschirm einbauen, damit man sich irgendwie wieder beruhigen kann. Und zur Videoüberwachung: Man muss in bayerischen Gefängnissen zum Kacken gehen können, ohne dass dies live, in Farbe und unverpixelt ins Stationszimmer übertragen wird. Das ist menschenunwürdig. Der

Toilettengang in bayerischen Gefängnissen muss endlich auf den Filmaufnahmen verpixelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das ist eine unglaubliche Sprache und peinlich für Ihre Fraktion!)

Siebtens. Die psychologische Betreuung. Wenn man jemanden in den Bunker sperrt, dann muss dieser betreut werden, weil es sich um eine psychologische Ausnahmesituation handelt.

Achtens. Dafür müssen wir natürlich die psychologische und psychiatrische Versorgung in bayerischen Gefängnissen insgesamt verbessern. Dazu haben wir auch für den Nachtragshaushalt einen Antrag gestellt, der von Ihnen natürlich wie immer abgelehnt wurde. Wir brauchen mehr Verträge mit den niedergelassenen Psychologen und Psychiatern, damit man schnell helfen kann. Wir brauchen aber auch mehr Stellen im Justizvollzug insgesamt und eine dritte psychiatrische Abteilung in den Gefängnissen.

Liebe CSU und liebe FREIE WÄHLER, wenn es Ihnen ernst ist, dass Sie den Folterskandal beenden wollen, wenn Sie Söders Guantanamo schließen wollen, dann stimmen Sie unseren Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Petra Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Rede wie diese lässt einen einigermaßen fassungslos zurück.

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Ja!)

Bei Ihren Anträgen geht es nicht um Aufklärung und eine Verbesserung der Situation von Gefangenen. Nein, darum geht es nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Es geht darum, Angst und Schrecken zu schüren, zu skandalisieren und vorzuverurteilen. Und das, liebe GRÜNE, machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CSU)

Allein die Überschrift "Folterskandal" spricht schon Bände. Wenn die Vorwürfe stimmen, die in der Presse über Gablingen veröffentlicht wurden, dann sagt ein Rechtsstaat ganz klar: Diese Menschen, die das begangen haben – wenn sie es begangen haben –, sind zu ermitteln, einem Verfahren zuzuführen, anzuklagen und dann auch entsprechend zu verurteilen. Genau in dieser Reihenfolge. Aber wir verurteilen erst einmal alle und führen danach erst Ermittlungsverfahren durch. Sie tun so, als gäbe es kein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren. Das gibt es. Das läuft gerade. Sie tun so, als wäre seit dem Bekanntwerden dieser wirklich entsetzlichen Vorwürfe in Gablingen nichts, aber auch gar nichts passiert. Und das, muss ich ehrlich sagen, ist schäbig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie tun so, als würde man in einem Rechtsstaat keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen brauchen. Wir brauchen sie. Sie sind unsere Stärke.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ja, natürlich braucht es das! Sie müssen bei meiner Rede besser zuhören! – Michael Hofmann (CSU): Nein, bestimmt nicht!)

Dass diese Ermittlungen nicht von heute auf morgen erfolgen, wissen wir hoffentlich auch alle. Sie zeigen, dass Sie nur eines mit Ihren Anträgen wollen, nämlich einerseits skandalisieren und andererseits jeden Menschen, der im Justizvollzug arbeitet, unter Generalverdacht stellen. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiß Gott nicht verdient.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE):
Nein! Das ist Verleumdung!)

– Ich wäre vorsichtig mit solchen Äußerungen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ja, Sie auch!)

Ich sage ganz unumwunden, Sie verkennen eines: Wir wissen, dass alle Menschen, die im Justizvollzug arbeiten, einen tollen und schwierigen Job machen. Dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle auch einmal danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie alle sind ein wichtiger Pfeiler unseres demokratischen Rechtssystems. Deshalb verdienen sie unsere Unterstützung und keinen Generalverdacht.

Sie von den GRÜNEN tun so, als wäre nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe in Gablingen nichts passiert. Ich darf an die Pressekonferenz des Ministers vom 31.10.2024 oder an den Bericht in unserem Ausschuss erinnern. An dieser Ausschusssitzung haben Sie ja auch teilgenommen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie haben alle unsere Anträge abgelehnt, alle! – Zuruf von der CSU: Zu Recht!)

Sie haben in Ihrer Rede so getan, als gäbe es keine Taskforce, die sich mit den Zuständen befasst. Sie haben so getan, als gäbe es kein neues Fachreferat im Staatsministerium der Justiz, in welchem die Aufsicht über besonders grundrechtssensible Bereiche wie die Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen zentral gebündelt wird. Sie tun so, als gäbe es keine Verstärkung der Berichtspflichten aller Justizvollzugsanstalten im Hinblick auf die Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen. Sie tun auch so, als gäbe es keine unabhängige interdisziplinäre Kommission, die Vorschläge, Leitlinien und Standards in Bezug auf die Ausstattung sowie die Unterbringung in diesen besonders gesicherten Hafträumen erörtern soll. Dazu

zählt beispielsweise ab einer gewissen Dauer die Einführung eines Richtervorbehalts. Zwar haben Sie selber einen Vorschlag zur Einsetzung dieser Kommission gemacht, aber ganz offensichtlich misstrauen Sie dieser von Anfang an. Anders kann ich mir nicht erklären, dass Sie einerseits einen Vorschlag zur Einsetzung einer Kommission machen, andererseits legen Sie aber schon vorsorglich mit einem Antragskatalog fest, was zu geschehen hat, nachdem die Kommission gerade ihre erste Sitzung abgehalten hat. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir haben uns gut überlegt, wie diese Kommission aussehen soll. Ich habe sogar den Eindruck gehabt, dass die Opposition mit dabei war und das auch gut gefunden hat. Im Vorgriff alles abzuräumen, was diese Kommission vorschlagen könnte, ist schäbig. Tut mir leid, das kann ich nicht anders bezeichnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

An dieser Stelle möchte ich auch mal ganz kurz sagen, was eigentlich das Besondere und das Wichtige an einem besonders gesicherten Haftraum ist. Das ist keine Strafmaßnahme. Das ist kein "Bunker". Dort herrscht helles Tageslicht. Wenn man eine Haftanstalt in Bayern betritt, die solche Räumlichkeiten aufweist, kann man sich davon überzeugen. Dort werden auch nicht Gefangene aus Jux und Tollerei untergebracht. Es werden dort Gefangene untergebracht, die entweder gewalttätig gegen sich selber oder gegen andere sind, sei es im Hinblick auf andere Mitgefangene oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalt. Man braucht auch gerade deshalb diese besonders gesicherten Hafträume, um Suizide zu verhindern. Ich erinnere an einen Fall in einem bgH. Dort hat jemand eine Papierunterhose ins Wasser getaucht, zu einer Kugel geformt und sie sich in den Hals gesteckt. Auf diese Weise hat er sich das Leben durch Ersticken genommen, abgewandt von der Überwachungskamera. Es ist unvorstellbar, wie man sein eigenes Leben so wegwerfen kann. Unsere Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, dass genau so etwas nicht passiert. Wir wollen in Zusammenarbeit mit dieser Kommission die Leitlinien für diese besonders gesicherten

Hafträume praktikabel weiterentwickeln. Wir wollen eine Standardisierung. Sie hegen an dieser Stelle nur einen Generalverdacht.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein!)

Sie fordern eine Überprüfung aller Entscheidungen, Beschwerden und Ähnliches. Was ist das denn anderes als ein Generalverdacht?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Sie tun so, als hätte man nichts verbessert und keine Maßnahmen in der Justiz getroffen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein!)

Sie tun so, als würde man jetzt Ihre Anträge brauchen, um für die armen Gefangenen, die ganz offensichtlich bei Ihnen nicht im Fokus stehen, sondern die Skandalmenagerie, etwas zu tun. Wir wollen eine Kommission auch arbeiten lassen. Es ist ein unehrlicher Umgang, bereits nach der ersten Sitzung der Kommission zu sagen: Wir wissen alles besser, und wir wissen jetzt auch schon, was dabei herauszukommen hat. Das muss ich ehrlich sagen. Sie sagen, es müsse menschenwürdig möbliert werden. Damit soll sich auch die Kommission befassen – natürlich. Ich komme noch einmal zu dem Beispiel mit der Papierkugel. Dieses zeigt, wie unvorstellbar kreativ manche ihrem Leben ein Ende setzen wollen. Das ist brandgefährlich. Dafür sind besonders gesicherte Hafträume da. Mit diesen kann verhindert werden, dass jemand sein Leben wegwirft.

In diesem Sinne können wir Ihren Anträgen nicht zustimmen. Die Absicht dahinter ist fadenscheinig. Das haben wir erkannt. Wir lehnen Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Rene Dierkes.

(Beifall bei der AfD)

Rene Dierkes (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die immer noch aktuellen Vorwürfe gegen die Justizvollzugsanstalt Gablingen sind wahrlich ein schwerer Schlag gegen das Vertrauen in diese konkrete Strafvollzugsinstitution. Man kann aber nicht von einem generellen Folterskandal in bayerischen Gefängnissen sprechen, wie es die GRÜNEN zu insinuierten versuchen. Wir können den Strafvollzug nicht komplett infrage stellen. Grundsätzlich funktionieren nämlich die Kontrollinstrumente. Problematisch sind die Versuche der GRÜNEN, aus ideologischen Gründen wieder einmal zu weit zu gehen und einen Kuschelstrafvollzug zu etablieren.

(Beifall bei der AfD)

Bereits in der Sitzung am 13. November des letzten Jahres haben die GRÜNEN den Landtag mit einem ähnlichen Antragskonvolut beschäftigt, das ebenso ideologisch statt inhaltlich vernünftig war. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Rechtsstaat durch falsches Verständnis von liberaler Humanität untergraben wird. Haft muss immer noch Sanktion und keine Wohlfühloase sein, in der verurteilte Straftäter sich so einrichten können, wie es ihnen passt. Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag steht für Recht und Ordnung, für Sicherheit und Konsequenz. Wir wissen, es gibt keine Gesellschaft ohne klare Regeln und ohne deren Durchsetzung.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Während die GRÜNEN sich in ihren Träumereien von einem Utopia verlieren, in welchem Kriminelle verhätschelt werden, stehen wir fest auf dem Boden der Realität und fordern, dass bestehende Regeln und die bestehende Ordnung gewahrt werden. Bevor wir uns in blindem Aktionismus in das andere Extrem stürzen und am bestehen-

den System Änderungen vornehmen, müssen die laufenden Ermittlungen zu Gablingen erst einmal aufklären, was konkret geschehen ist.

Statt unnötiger Bürokratie, die die GRÜNEN so lieben, brauchen wir durchdachte und effektive Maßnahmen. Wir schlagen daher vor, dass die Ausbildung und Bezahlung der Justizvollzugsbeamten verbessert wird. Dieser Appell geht insbesondere auch an die Kollegen der CSU; denn mit einem bloßen Dank ist es nicht geschehen. Es geht nämlich auch um die Menschen, die in diesen Einrichtungen arbeiten, also um das Personal. Nur so können wir ein sicheres Umfeld schaffen, und zwar auch für die Häftlinge.

Lassen wir uns nicht täuschen. Die Vorschläge der GRÜNEN führen letztendlich zu nichts anderem als zu einer Aufweichung unserer Sicherheitsstandards und einem Anstieg der Kriminalität innerhalb der Gefängnisse. Es kann nicht der richtige Weg sein, Kriminalität mit bürokratischen Maßnahmen zu bekämpfen, die den Handlungsspielraum des Strafvollzugs einschränken. Unsere Position ist daher: Umsetzung sinnvoller und praktikabler Maßnahmen, um dem Zweck des Strafvollzugs, nämlich Resozialisierung bei gleichzeitiger Wahrung der Sicherheit und des Sühne-Gedankens, gerecht zu werden. Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren und die vorhandenen Gesetze und Instrumente optimal nutzen, statt den Strafvollzug durch ideologisch motivierte Vorschläge unnötig zu belasten. Wir lehnen daher sämtliche Anträge der GRÜNEN ab.

Sofern sich die Anträge etwa auf die Überprüfung der Sicherungs-, Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen im Strafvollzug oder auf die Dokumentation von Grundrechtseingriffen beziehen, gehen sie zu weit. Damit wird der Strafvollzug insgesamt infrage gestellt. Außerdem ist das Ganze bereits gesetzlich geregelt, sodass es der Anträge der GRÜNEN nicht bedarf.

Außerdem wurde ein Richtervorbehalt für die Anordnung der Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen beantragt. Die Einholung eines solchen Beschlusses

dauert jedoch zu lang; denn meistens liegt in der Praxis Gefahr im Verzug vor. Außerdem verkennen die GRÜNEN den Sinn und Zweck der Unterbringung in solchen Hafträumen. Sinn und Zweck ist nicht die Sanktion, sondern die Gefahrprävention. Die Häftlinge sollen dadurch vor sich selber geschützt werden und auch keine Gefahr mehr für andere darstellen.

Außerdem sind auch die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen solche Unterbringungen ausschöpfend im Bayerischen Strafvollzugsgesetz geregelt. Mehr psychotherapeutische Maßnahmen ändern auch nichts. Diese gibt es nämlich bereits. Sie können aus einem Pädophilen, einem Vergewaltiger und einem Mörder nicht ein Blumenkind machen, wenn Sie noch mehr Seelsorger bestellen.

Zusammengefasst: Statt mehr Bürokratie und Kuschelstrafvollzug müssen Ordnung und Sicherheit in den bayerischen Gefängnissen Priorität haben. Lassen wir uns nicht blenden durch grüne Verwirrungen und kulturmarxistische Vorstellungen. Wir lehnen daher die Anträge ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner: Kollege Vizepräsident Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident! Die wichtigste Aufgabe der Justiz ist, Vertrauen in die Verlässlichkeit unseres Rechtsstaats zu schaffen. Deswegen ist in bayerischen JVA selbstverständlich kein Raum für Misshandlungen, für menschenunwürdige Behandlung und schon gar nicht für Folter. Jeder einzelne Vorfall bringt mehr als 6.000 Justizvollzugsbeamte in Misskredit.

Rund um die JVA Gablingen gab es Missstände, auch im Frühwarn- und im Kontrollsystem. Deswegen ist selbstverständlich eine lückenlose Aufarbeitung notwendig – strafrechtlich, dienstrechtlich und vor allem in Bezug auf die Verhinderung von solchen Zuständen in der Zukunft. Das ist der richtige Weg, um das Vertrauen in unsere

Justiz zu erhalten. Der Herr Staatsminister hat sofort umfassend und transparent das Notwendige in die Wege geleitet, ohne Versäumnisse auch im eigenen Haus schönzureden. Dafür, meine Damen und Herren, ist an dieser Stelle ein Dankeschön notwendig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn ich sage, er hat das Notwendige sofort in die Wege geleitet, dann meine ich eben nicht den in der Politik leider sehr verbreiteten Impuls zum schnellen, aber blinden Aktionismus. Nein, er hat vor allem eine unabhängige und interdisziplinäre Kommission eingesetzt, in der alle Professionen vertreten sind: Juristen, Anstaltsleiter, Strafverteidiger, Justizvollzugsbeamte, Fachärzte für Psychiatrie, Psychologen und Anstaltsärzte. Und vor allem: Diese Kommission ist unabhängig, und sie hat einen klaren, zielführenden Auftrag: Die Entwicklung von Empfehlungen für einheitliche Leitlinien für die Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen und die Standards der Ausstattung dort sowie die Prüfung der Einführung eines Richtervorbehalts, der allerdings praxistauglich sein muss, zum Beispiel bei Eilfällen oder wenn es um Wochenenden und Feiertage geht oder um die Verlegung in externe Krankenhäuser oder Bezirkskrankenhäuser. Das ist eine komplexe Materie, meine Damen und Herren. Es geht auch um Vorschläge, wie es zu einer Verbesserung und zu einem Ausbau der psychiatrischen Versorgung der Gefangenen sowie zu einer besseren Zusammenarbeit zwischen JVA und Bezirkskrankenhäusern kommen kann.

Schon im Januar hat die Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Die Ergebnisse werden noch in diesem Jahr vorgelegt werden. Es ist ganz einfach: Diese Ergebnisse sollten wir schlicht und einfach abwarten, meine Damen und Herren.

Welchen Beitrag leisten jetzt Ihre Anträge dazu? Ich hatte mir eigentlich vorgenommen zu sagen, Sie sollten es sich gut überlegen, wenn Sie hier die Rechtsstaatlichkeit unserer Justiz infrage stellen, ob Sie damit nicht völlig unabsichtlich das Geschäft der Feinde unserer Rechtsstaatlichkeit betreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Michael Hofmann (CSU):
Sehr gut!)

Aber ehrlich gesagt: Nach dem, Herr Schuberl, was Sie gerade gesagt haben, muss ich dieses Wort "unabsichtlich" streichen. Meinen Sie das wirklich ernst, wenn Sie von "Söders Guantanamo" sprechen? Meinen Sie das wirklich ernst? Sie diskreditieren damit unsere Rechtsstaatlichkeit, die wir gemeinsam verteidigen sollen. Wollen Sie wirklich bayerische Gefängnisse vergleichen mit einem Internierungslager, zu dem sogar das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gesagt hat, dass dort Folter stattfindet durch Waterboarding, durch Essensentzug, durch Schlafentzug, durch Verhörmethoden, wo angedroht wird, die Familien zu schänden und ähnliche Dinge? Wollen Sie wirklich bayerische JVA's damit vergleichen? Ich halte das für eine Schande für einen Demokraten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Michael Hofmann (CSU):
Unglaublich!)

Guantanamo ist ein Internierungslager, in dem Menschen seit über zwanzig Jahren ohne jegliches ordentliches Gerichtsverfahren festgehalten werden. Ich fordere Sie auf, sich dafür zu entschuldigen, dass Sie bayerische JVA's damit vergleichen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn Sie diese Zustände in der JVA Gablingen so blumig schildern, muss ich schon sagen: Sie zeichnen ein Bild, das mit der Realität wenig zu tun hat. Die Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen ist ja keine Strafe, keine Regelanordnung.

(Toni Schuberl (GRÜNE): In Gablingen war es eine Strafe!)

Sie erfolgt dann, wenn Menschen fremdgefährdend oder selbstgefährdend sind, das heißt, vor allem bei Menschen, die suizidal sind. Menschen, die suizidal sind, sind sehr erfindungsreich; die Kollegin Guttenberger hat es gerade schon erläutert. Da gibt es manchmal keine andere Möglichkeit, als auch den Toilettengang zu überwachen. Da

gibt es keine andere Möglichkeit, den Suizid zu verhindern, den man selbst mit einer Papierunterhose durchführen kann, als solche Menschen vor sich selbst zu beschützen. Dazu gehört eben auch mal, dass sie keine andere Kleidung und ähnliche Dinge bei sich haben.

Ich habe es schon gesagt: Diese Kommission ist eingesetzt. Allerdings ist nicht nur die Kommission eingesetzt. Ein Großteil der Dinge, die Sie fordern, ist bereits umgesetzt worden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein!)

Es gibt eine ganz klare, bessere Dokumentation; die IT-Software "IT-Vollzug" dokumentiert inzwischen alles: die Anordnung, die Dauer, den Grund der Anordnung, ob Selbst- oder Fremdgefährdung. Alle Maßnahmen gegen Gefangene in Bayern sind gerichtlich überprüfbar. Tun Sie doch nicht so, als ob dem nicht so wäre. Das ist jetzt wirklich verbessert worden – da gab es Defizite –, sodass wir eine vernünftige Dokumentation und ein Monitoring haben, die dafür sorgen, dass solche Dinge früh erkannt werden können und nicht mehr vorkommen, meine Damen und Herren.

Ich glaube, Sie wollen keine Verbesserung der Verhältnisse. Ihnen stinkt es vielleicht sogar, dass das Ministerium so schnell reagiert hat und die Dinge jetzt so vernünftig anpackt. Sie wollen das Misstrauen wegen der Vorkommnisse in der JVA Gablingen auf ganz Bayern ausdehnen. Sie wollen alle JVAs in Misskredit bringen.

Unser Justizminister stellt die Aufarbeitung und Rechtsstaatlichkeit, die Dokumentation, die Kontrolle und das Monitoring sicher, mit voller Kraft, mit Transparenz, aber eben auch mit der gebotenen Sorgfalt –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit, Herr Kollege.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): – unter Einbeziehung der Fachleute und der Praxis. Unterstützen Sie bitte dieses Vorgehen, anstatt Misstrauen in den gesamten Justizvollzug zu schüren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl vor.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Hold, Sie haben gerade gesagt, man hat in bayerischen Gefängnissen immer die Möglichkeit, Rechtsbeistand zu finden und das Gericht anzurufen, um Maßnahmen zu überprüfen. Jetzt sagen Sie mir mal, wie ein Gefangener das machen soll, der der Meinung ist, wie es auch in Gablingen war, dass er zur Strafe in den besonders gesicherten Haftraum kommt, in den Bunker gesteckt wird, dort aber nicht telefonieren darf. Er kann mit niemandem Kontakt aufnehmen, niemand wird informiert. Wie kann er denn ad hoc diese Maßnahme überprüfen lassen?

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Schade eigentlich. Ich hatte gehofft, dass Sie die Zeit jetzt für eine Entschuldigung nutzen. Zu erwarten war es wahrscheinlich nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Michael Hofmann (CSU): Ja, richtig!)

Ich gehe gern noch auf das ein, was Sie gerade gesagt haben. Sie haben in Ihren Anträgen den Eindruck erweckt, dass wir gar nicht die Möglichkeiten hätten. Natürlich ist jede Maßnahme gegenüber Gefangenen gerichtlich nachprüfbar, natürlich größtenteils im Nachhinein. Aber als Jurist wissen Sie: Das ist bei nahezu allen Maßnahmen so. Aber jeder Gefangene hat die Möglichkeit dazu: Er kann sich schriftlich oder mündlich bei der Anstaltsleitung beschweren,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein, währenddessen!)

er kann sich im Ministerium beschweren, Dienstaufsichtsbeschwerden einreichen,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

er kann Landtagseingaben einreichen, einen unüberwachten Briefverkehr zum Beispiel mit Anwälten führen und sich bei uns, den Anstaltsbeiräten, jederzeit beschweren, meine Damen und Herren.

(Michael Hofmann (CSU): So ist es! – Toni Schuberl (GRÜNE): Währenddessen!)

Natürlich ist das nicht an dem Tag möglich, an dem er in den besonders gesicherten Haftraum gebracht wird. Aber immerhin, wir werden daran arbeiten, auch einen vernünftigen Richtervorbehalt zu bekommen. Jedenfalls ist für das, was Sie hier vorbringen, überhaupt kein Raum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion: Kollege Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Vorgänge in Gablingen stellen in der Qualität des Strafvollzugs einen zivilisatorischen Kulturbruch dar. Das muss man feststellen. Wie konnte es dazu kommen? Die Wucht und das Anbränden der öffentlichen Bestürzung überraschten die bislang eigentlich selbstgefällige Justizverwaltung doch sehr. Einzelfälle waren Einzelfälle, egal ob Entweichungen oder Flucht. Tatsächlich gelang einem Häftling in Bayern in den letzten Jahren durch Herauskratzen von Putz und Mörtel die Flucht aus der Haftzelle in den öffentlichen Straßenraum. Auch bei Überlastungsanzeigen des Personals, wenn diese überhaupt gestellt wurden, weil man Angst vor dienstlichen Sanktionen hatte, hieß es stets: Das ist ein Einzelfall und im Grunde ist alles im Griff. – Der hoch arrogante Umgang der Justizverwaltung, auch im Ministerium, mit der Folterkommission, deren Überraschungsbesuche eigentlich für untunlich gehalten wurden, spricht davon, wie strotzend selbstbewusst, aber auch rechtsverkennend in diesem Bereich gehandelt wurde.

Das alles wurde bis Gablingen erfolgreich vom Justizminister ferngehalten. Aber internes Fernhalten und die Berufung auf Nichtwissen können und dürfen nicht darüber

hinwegtäuschen, dass der dienstälteste Fachminister der Staatsregierung politisch verantwortlich ist. Das ist der Kollege Eisenreich. Diese Verantwortlichkeit kann man im Rückblick schon – und man muss es auch – als Versagen bezeichnen.

Aber das ist nicht genug. Uns allen geht es um die Verbesserung der Verhältnisse dort. Jetzt muss man tatsächlich sagen: Dadurch wurde eine Zeitenwende in der Politik des Strafvollzugs eingeleitet. Herr Eisenreich, Sie haben danach vieles getan, was richtig und wichtig ist. Sie haben Transparenz hergestellt und die Prozesse, die notwendig waren, nicht so gestaltet, dass es von oben herab geschah; sondern Sie haben tatsächlich auch die Opposition einbezogen. Ob es jetzt diese Kommission ist oder ob es die Anordnung ist, jede Unterbringung in den besonders gesicherten Haft-räumen zu melden, all dies war sinnvoll, und es entspricht auch unseren Forderungen.

Wir haben auch den Richtervorbehalt thematisiert. Da haben wir bei Ihnen offene Türen eingerannt. Allerdings ist natürlich die praktische Umsetzung zwingend erforderlich, um wirkliche Verbesserungen zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier muss man schon die Rechnung aufmachen, wie der Personalbestand im Justizvollzug ist. Knapp 4.700 bis 4.800 Mitarbeiter:innen verrichten bei nicht bestem Gehalt einen teilweise mörderischen Dienst, was Schichtdienst, Verantwortung gegenüber Inhaftierten, aber auch Strafzwecke – nicht nur verwahren, sondern tatsächlich auch resozialisieren – anbetrifft. Wir werden das Gesetz demnächst wieder ändern.

All diese Punkte erfordern Ressourcen. Deswegen ist es wichtig, diese Ressourcen einzubeziehen. Wir können nichts machen, ohne die Beschäftigten mitzunehmen. Das Ungünstigste wäre, die Verantwortlichkeit sozusagen wegzuschieben: Die Beschäftigten sind sowieso daran schuld. – Deswegen ist es wichtig, dass man sich zum einen beim Großteil der Beschäftigten bedankt, zum anderen aber sagt: Wir kümmern uns um euch.

Die Anträge der GRÜNEN sind aus unserer Sicht nicht so zu lesen, dass man hier Verantwortlichkeiten statuieren will, sondern dass sie eine Prozessbegleitung bei der Findung von wichtigen Maßnahmen sind. Nicht alles ist stimmig, aber einiges ist zielführend. Ich denke, das wird das Material sein, das auch die Kommission mit zu beachten hat, wenn es um konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Strafvollzugs geht.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Horst Arnold (SPD): Weil es nicht darum geht, zu polarisieren oder sich zu entschuldigen, sondern inhaltlich zu arbeiten, sehen wir die Anträge sozusagen als Material für die weitere Vorgehensweise an und werden diesen inhaltlich zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Na ja! Sich ein bisschen zu distanzieren, wäre gut gewesen, Kollege!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Georg Eisenreich um das Wort gebeten. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorwürfe in Zusammenhang mit der JVA Gablingen sind gravierend. Wenn in einem Rechtsstaat der Vorwurf von Übergriffen und Misshandlungen im Raum steht, erschüttert das das Vertrauen der Menschen in die rechtsstaatlichen Institutionen. Deswegen habe ich gleich am Anfang, kurz nachdem ich über die Vorwürfe informiert wurde, angekündigt, dass diese rückhaltlos aufgeklärt werden müssen. Sie werden auch rückhaltlos aufgeklärt.

Es gibt zwei Wege der Aufarbeitung: Das eine sind die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Augsburg und die Disziplinarverfahren der Generalstaatsanwaltschaft München. Das andere ist die interne Aufarbeitung im Ministerium und im Vollzug.

Ich habe gleich Ende Oktober eine Taskforce eingerichtet, die ich persönlich leite. Wir haben seitdem wirklich sehr, sehr intensiv gearbeitet. Mir ist wichtig, dass nichts beschönigt wird. Alles muss transparent auf den Tisch, damit das auch hier im Haus beraten werden kann. Aber es darf auch nicht schlechtgeredet werden, was gut läuft. Also, es ist wichtig, nichts schönzureden; aber was gut läuft, darf auch nicht schlechtgeredet werden.

Jetzt müssen wir den Blick nach vorne richten. Neben der Aufklärung der Vorwürfe geht es jetzt eben auch um die Konsequenzen daraus, zum Beispiel bessere Kontrollen und bessere Standards. Mir geht es hier nicht um Aktionismus, sondern um Verbesserungen und pragmatische Lösungen. Das betrifft den ganzen Justizvollzug in Bayern.

Dabei müssen wir auch rechtliche, ethische und vollzugliche Wertungsfragen beantworten, wie eine bessere Balance zwischen Schutzmaßnahmen und Grundrechten gefunden werden kann. Uns muss klar sein: Wenn wir die Schutzmaßnahmen reduzieren, erhöht sich sozusagen der Grundrechtsschutz. Aber es sind auch viele Suizidgefährdete in diesen bgHs. Das erhöht das Risiko, dass etwas passiert und es mehr Selbstmorde gibt. Deswegen sind dies ganz schwierige Wertungsfragen. Man muss sie beantworten. Damit darf man den Vollzug nicht alleinlassen.

Deswegen habe ich Anfang dieses Jahres eine unabhängige interdisziplinäre Kommission eingesetzt, die insbesondere die Unterbringung in den bgHs in den Blick nehmen soll. Als Vorsitzenden – da bin ich sehr dankbar – habe ich den früheren Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Herrn Peter Küspert gewonnen. Dafür bin ich wirklich sehr, sehr dankbar. Er hat sich in verschiedensten Positionen durch seinen herausragenden juristischen Sachverstand und sein ausgeprägtes Gespür für Recht und Gerechtigkeit höchstes Ansehen bei allen Parteien und auch in der Öffentlichkeit erworben. Deswegen freue ich mich sehr, dass er diese Aufgabe übernommen hat.

Mir ist wichtig, dass wir in dieser Kommission auf der einen Seite die Expertise von Juristen und Vollzugspraktikern haben, auf der anderen Seite aber eben auch das Fachwissen von Psychiatern, Psychologen und Ärzten. Deshalb sind dort auch zwei Psychiater, ein psychologischer Psychotherapeut und eine Anstaltsärztin vertreten, darüber hinaus ein Vertreter für die Anwälte, zwei Anstaltsleiter, eine Leitende Oberstaatsanwältin und natürlich auch der Verband der Justizvollzugsbediensteten. Wir haben da wirklich eine gute, unabhängige, interdisziplinäre Kommission.

Sie hat jetzt folgende Aufgaben: Erstens soll sie Vorschläge für Leitlinien für die Unterbringung erarbeiten. Wir brauchen diese Unterbringungen in den bgHs in den gesetzlich geregelten Fällen. Momentan ist die Verunsicherung in den JVAs groß. Deswegen werden diese Leitlinien helfen. Dann geht es um die Leitlinien für die Ausstattung, auch die bauliche Ausstattung.

Dann habe ich gleich am Anfang, im November, schon gesagt, dass ich einen Richtervorbehalt für notwendig halte. Ich habe in der Zwischenzeit mit verschiedensten Kolleginnen und Kollegen geredet. Ich glaube, dass hier dafür große Zustimmung gegeben ist. Aber es muss auch funktionieren. Wir brauchen einen Richtervorbehalt, aber er muss in der Praxis auch funktionieren. Ich habe die Kommission gebeten, sich darüber Gedanken zu machen.

Das Dritte ist das Thema der psychiatrischen Versorgung. Wir wollen sie verbessern, auch die Zusammenarbeit mit den Bezirkskrankenhäusern, den BKHs, und dem Maßregelvollzug. Hier geht es, wie gesagt, um pragmatische Lösungen.

Aber das eine sind Konzepte, das andere sind Stellen, und es geht auch um das Personal. Da mache ich mir mittelfristig schon Sorgen; das will ich ausdrücklich sagen. Das habe ich auch im Plenum schon einmal gesagt. Jetzt geht es um Verbesserungen, aber mittelfristig bin ich schon froh, wenn wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung das jetzige Niveau halten können. Wir haben bayernweit zum Beispiel einen Mangel an Psychiatern. Wir merken das jetzt schon in den Gerichts-

verfahren. Wenn wir Gutachter brauchen, sind nicht immer so viele und so schnell verfügbar, wie es notwendig wäre. Wenn wir mittelfristig das jetzige Niveau halten können – wir wollen das jetzt verbessern –, wäre ich tatsächlich schon zufrieden.

Ich habe die Kommission gebeten, bis Ende dieses Jahres einen Abschlussbericht vorzulegen. Diesen werden wir im Ministerium, aber natürlich dann auch hier im Haus parlamentarisch beraten. Die erste Sitzung der Kommission fand am 23. Januar statt. Die Kommission ist also nicht nur eingesetzt, sondern sie arbeitet bereits.

Gestern waren die Beratungen im Haushaltsausschuss, auch in Bezug auf das Personal. Ja, ich glaube, dass wir mehr Personal brauchen, aber erst brauchen wir die Konzepte. Wir brauchen erst die Ergebnisse der Kommission, um dann genau zu wissen, an welchen Stellen Verbesserungen sinnvoll sind. Ich habe gestern angeregt, uns mit diesen Themen beim nächsten Doppelhaushalt und nicht beim jetzigen Nachtragshaushalt zu beschäftigen.

Unabhängig von der Kommission habe ich schon ein Maßnahmenbündel umgesetzt. Das Antragspaket, das heute vorliegt, bezieht sich darauf. Ein Teil betrifft auch die Arbeit der Kommission. Ich rege an, der Kommission nicht vorzugreifen. Ein anderer Teil ist von mir bereits umgesetzt worden. Ich will noch kurz die wichtigsten – nicht alle, aber die wichtigsten – Maßnahmen erläutern.

Das Erste ist: Ich habe bereits Anfang November im Ministerium ein neues Referat eingerichtet, in dem die Aufsicht über die besonders grundrechtssensiblen Bereiche zentral gebündelt wird. Diese war zuvor über mehrere Referate verteilt. Jetzt haben wir ein Referat, das damit auch den Überblick über diese Themen hat. Dieses Referat ist beauftragt, auch unangekündigte Besuche zu machen. Sie haben auch schon begonnen; es ist auch schon eine ganze Reihe von unangekündigten Besuchen in verschiedenen JVA in Bayern erfolgt.

Das Zweite ist: Wir haben das Software-System "IT-Vollzug". In der internen Aufarbeitung haben wir zwei Dinge festgestellt: Einerseits muss es verbessert und weiterentwi-

ckelt werden, wir haben auch schon erste Programmierungen vorgenommen. Andererseits ist eine solche Software nur gut, wenn es mit entsprechenden Daten befüllt wird. Wir haben gesehen, dass nicht alles, was in dieser Software hätte angegeben werden müssen, auch immer angegeben worden ist. Das werde ich im Rechtsausschuss noch genau erläutern. Beides muss besser werden: mehr Informationen – das ist ein Software-Thema – und dafür Sorge tragen, dass die notwendigen Angaben auch gemacht werden.

Der nächste Punkt ist: Die Beschwerden werden inzwischen statistisch genau erfasst. Das erleichtert uns, Auffälligkeiten besser und schneller zu erkennen. Wir haben die Berichtspflichten an das Ministerium verschärft. Ich will noch einmal ausdrücklich sagen: Wir brauchen die Unterbringung in den bgHs. Die bgHs sind keine bayerische Erfindung; diese gibt es bundesweit. Die Grundlage war eine bundesgesetzliche Regelung. Die JVA's brauchen diese besonders gesicherten Hafträume ohne gefährdende Gegenstände.

Insbesondere haben wir die Länge der Unterbringung in den Blick genommen. Deswegen haben wir die Zeiträume der Berichtspflichten reduziert. Der erste Bericht ist wie schon in der Vergangenheit ab dem vierten Tag notwendig; die Intervalle haben wir auf drei Tage reduziert.

Es geht auch um das Thema verbindlicher Standards zur Ausstattung der Räume. Ich habe schon im Dezember ein Schreiben an die Justizvollzugsanstalten verschickt, in dem wir noch einmal klargestellt haben, was die Mindestausstattung in diesen besonders gesicherten Hafträumen ist und dass deren Vorenthaltung in "IT-Vollzug" niedergelegt werden muss.

Der vorletzte Punkt ist: In einem Monitoring sehen wir uns monatlich die gesamten Daten an, die wir sammeln, um schneller reagieren zu können.

Der letzte Punkt ist: Die Anstaltsbeiräte werden künftig automatisch zweimal jährlich über die jeweilige Anstalt informiert und erhalten entsprechende statistische Daten. Wir werden also die Informationen verbessern.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen: Der Rechtsausschuss hat schon letztes Jahr beschlossen, dass ich im Ausschuss mündlich und schriftlich berichten soll. Das werde ich auch machen. In der Zwischenzeit haben wir eine ganze Reihe von Schriftlichen Anfragen aus dem Haus sehr umfangreich beantwortet. Im März werde ich in den Rechtsausschuss gehen und dort dazu sowohl mündlich als auch schriftlich umfassend berichten.

Abschließen möchte ich mit einem Dank für die Zusammenarbeit mit dem Rechtsausschuss. Es handelt sich um gravierende Vorwürfe. Ich bedanke mich für den konstruktiven Austausch. Ich möchte mich vor allem bei den Bediensteten in den bayerischen Justizvollzugsanstalten bedanken. Deren Arbeit – ich freue mich, dass das heute auch alle gesagt haben – ist wirklich schwierig. Sie machen einen tollen Job. Der absolute Großteil ist über jeden Zweifel erhaben. Deswegen auch von meiner Stelle als Justizminister einen herzlichen Dank an unsere Bediensteten im bayerischen Justizvollzug für deren tagtäglich großartige Arbeit unter schwierigen Umständen, herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Staatsminister. Wir haben noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Staatsminister, der Abteilungsleiter für Justizvollzug in Ihrem Ministerium hat letztes Jahr die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter angeschrieben, dass sie doch bitte in Zukunft von unangekündigten Besuchen Abstand nehmen soll. Ist das der Chef der Abteilung, in der das Referat angesiedelt ist, das in Zukunft unangekündigte Besuche durchführen soll? Wie passt das zusammen?

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Dieses Schreiben ist die Haltung, die unbedachte Äußerung des Abteilungsleiters gewesen. Ich habe von Anfang an gesagt, dass das nicht der Rechtslage entspricht und dass das auch nicht meine Haltung ist. Ich habe schon im November angeordnet, dass wir künftig selbst unangekündigte Besuche machen werden. In den letzten Wochen sind auch schon eine ganze Reihe von unangekündigten Besuchen erfolgt. Das werden wir fortführen.

Ich möchte – dies als Maßstab –, dass jede Anstalt einmal im Jahr unangekündigt besucht wird. Dazu kommen noch die angekündigten Besuche. Jede Anstalt wird aber künftig einmal im Jahr unangekündigt besucht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt wird hier das jeweilige Votum im federführenden Ausschuss. Der jeweils federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt alle acht Anträge zur Ablehnung.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, alle acht Anträge sind abgelehnt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 16 jetzt direkt anzuschließen und dann eine Mittagspause einzulegen.